

# Stiftung **&** Freiheit & Verantwortung

EU UND  
EU-/EFTA-  
STAATEN

GLOBALE  
PARTNER

FRIEDEN UND  
SICHERHEIT

NACHHALTIGE  
ENTWICKLUNG  
UND WOHLSTAND

## Aussenpolitische Herausforderungen

Von Carlo S. F. Jagmetti

Redaktion & Layout  
lic. phil. Josef F. Künin



Verein Gesellschaft  
und Kirche wohin?

[www.gekiwo.ch](http://www.gekiwo.ch)

Stiftung **&** Freiheit  
& Verantwortung

[www.freiheitundverantwortung.ch](http://www.freiheitundverantwortung.ch)

**PRO**  **LIBERTATE**

[www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)

## Vorwort

### Liebe Leserin, lieber Leser

Ein Blick in die Geschichte der Schweiz. Eidgenossenschaft zeigt: Aussenpolitik war und ist im Wandel. Auch aufgrund der sich immer wieder ändernden Herausforderungen.

Bis zum Ende des 15. Jahrhunderts war die eidgenössische Aussenpolitik beispielsweise zu einem grossen Teil Expansionspolitik und beinhaltete entsprechend auch kriegerisches Handeln. Nach der Niederlage von Marignano folgte die Aussenpolitik der Besitzstandswahrung mit einer langen Phase der Neutralitätspolitik. Diese erweiterte sich mit der humanitären Maxime der Friedenssicherung, der universalen Pflege diplomatischer Beziehungen verbunden mit internationaler Vermittlungstätigkeit und den weiteren „Guten Diensten“. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Phase des Multilateralismus verbunden mit zunehmenden Verflechtungen eingeläutet.

Carlo Jagmetti gibt einen ausserordentlich guten und interessanten Überblick über diese andauernde Phase. Seine Ausführungen dienen uns ausgezeichnet als Vorbereitung unserer Veranstaltung zum Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU, die am Freitag, 7. Juni 2019 ab 18.30 Uhr in der Universität Luzern (im Anschluss an die GV der Vereins Gesellschaft und Kirche wohin?) stattfindet.

Wir haben Carlo Jagmetti 2009 in Zürich für seine Verdienste um unser Land geehrt, nachdem er als Schweizer Botschafter in den USA vom Bundesrat nicht die verdiente Unterstützung bekommen hat. Er vertritt eine positive Haltung zu unserem Land und zu unseren Institutionen und weiss die Schwachpunkte der gegenwärtigen Politik aufzuzeigen. Wir danken ihm für seine wertvollen Ausführungen und wünschen Ihnen eine bereichernde Zeit beim Lesen der Broschüre.

Wir hoffen, dass Sie weiterhin motiviert in unseren Reihen mitmachen und grüssen Sie in eidgenössischer Verbundenheit.

Dr. iur. Alexander Wili, Präsident

lic. phil. Josef F. Kumin, Geschäftsführer

## **Aussenpolitische Herausforderungen**

**Von Carlo S. F. Jagmetti**

Die Schweiz steht seit bald 30 Jahren aussenpolitisch unter Druck. Dieser kommt vor allem von den Nachbarn, von der EU, von der OECD und von den USA. Unser Land ist also an der Aussenfront gefordert. Die Geschehnisse der letzten drei Jahrzehnte zeigen, dass die Schweiz mitunter Mühe bekundet, den Herausforderungen energisch zu begegnen oder gar solche Challenges zu bewältigen.

Die geopolitische Lage hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Nachdem die Epoche der Vorherrschaft der zwei Supermächte UdSSR und USA 1989 zu Ende gegangen war und daraufhin die USA allein die Welt dominierten, haben neue Akteure grosse Ambitionen entwickelt. Allen voran China, das sich in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht so entwickelt hat, dass viele Beobachter meinen, das Reich der Mitte könnte zum Machtzentrum der Welt werden. Die anfängliche westliche euphorische Erwartung, dass China sich zu einem demokratischeren und fairen Wirtschaftspartner entwickeln würde, ist verblichen. Russland kämpft mit inneren und mit wirtschaftlichen Problemen, gebärdet sich nach aussen aggressiv, rüstet militärisch auf und rühmt sich sogar, noch wirksamere Nuklearwaffen entwickelt zu haben. China und Russland sind neben den USA die grössten Atommächte, doch sind im Lauf der Zeit weitere Nuklearkräfte dazugekommen, so die grossen Länder Indien und Pakistan. Die Nuklearkapazität von Israel wird allgemein als gegeben angenommen. Ob Iran wirklich auf die Entwicklung von Atomwaffen verzichtet, bleibt ungewiss. Der neuste und am wenigsten kontrollierbare Spieler auf diesem gefährlichen Feld ist Nordkorea. Kriegerische, fundamentalistische, offene und latente Konflikte und der Terror sind leider nach wie vor an der Tagesordnung. Bewaffnete Auseinandersetzungen und Terrorakte gibt es weiterhin vor allem in Syrien, im Irak und in Afghanistan. Religiöse Fundamentalisten verschiedenster Ausrichtungen agieren politisch und auch mit Gewalt. Die humanitären Katastrophen im Sudan, in Jemen, in Syrien und die Tragödien im Irak und in Afghanistan führen zu Fluchtbewegungen und grossen Migrationsströmen, die zu den Wanderbewegungen aus Afrika hinzukommen. Ferner reichen Armut, Hunger, Situation der Frauen, Kinderarbeit und vieles andere der Menschheit auch nicht zur Ehre. Während man sich Ende des letzten Jahrhunderts über die wirkliche und poten-

tielle Entwicklung zu mehr Demokratie freute, entstehen neue Diktaturen wie in der Türkei oder in Venezuela und die Regime werden absolutistischer und autoritärer, insbesondere in Russland und in China. Auch in europäischen Demokratien gebärden sich immer mehr führende Politiker als autoritäre Herrscher wie zum Beispiel in Polen, Ungarn oder Tschechien. Nationalismus, Herrschsucht, Narzissmus, Inkompetenz grassieren. Und wenn man sich vor Augen hält, wie es um die Politik in den USA steht, so könnte einem der Glaube an die Weisheit der Menschen etwas abhanden kommen. Ja, die Welt ist nicht nur in Sachen Klima und Umwelt kein Paradies, sondern in unzähligen andern Belangen auch nicht. Und doch: Globalisierung, Informatisierung, Digitalisierung, Robotisierung und, wie die Phänomene alle heissen, haben auch zu positiven Entwicklungen geführt, und nicht alles ist schlecht auf dieser Welt.

Die ungefähr 200 Staaten unserer Welt führen nicht eine abgeschottete und nur nach innen gerichtete Existenz. Nicht erst seit man von Globalisierung spricht, sondern seit vielen Jahrhunderten pflegen Völker und Staaten miteinander mehr oder weniger intensive Beziehungen. Die UNO und eine grosse Zahl internationaler Organisationen liefern heute den multilateralen Rahmen dafür. Zwei- oder mehrseitige, also bilaterale oder plurilaterale Beziehungen bleiben von grosser Bedeutung. Wegen der allgemeinen Entwicklung gibt es heute kaum mehr viele Lebensgebiete, auf die nicht von aussen eingewirkt wird oder die sich nicht nach aussen über die Grenzen auswirken. Daraus entsteht das Bedürfnis nach Koordination, und es werden dafür Konferenzen organisiert, Verhandlungen geführt und schliesslich Verträge geschlossen. Dabei geht es den einzelnen Staaten darum, ihre eigenen Interessen zu wahren und nach Regelungen zu suchen, welche diesen Interessen gerecht werden. Die Interessenlage ist in jedem Lande anders, und es ist nicht zu vermeiden, dass es Kollisionen gibt. Die Probleme anzupacken und zu lösen, ist Aufgabe der Aussenpolitik. Das Instrument dazu ist die Diplomatie. Politik und Diplomatie sind verschiedene Tätigkeiten. Die Politik bestimmt, welches die Interessen eines Landes sind. Die Diplomatie muss diese Interessen an der Aussenfront wahrnehmen, Kontakte sicherstellen, spezifische Verhandlungen führen und Ergebnisse formulieren. Die Politik entscheidet dann, was mit den Ergebnissen geschehen soll, oder wie es weitergehen soll, wenn angestrebte Lösungen fehlen. In der Regel sollten internationale Verhandlungen von geschulten und erfahrenen Diplomatinen und Diplomaten geführt werden. Nur ganz ausnahmsweise und in besonderen Situationen sollten

Politiker dies tun. Das ist in den internationalen Beziehungen so ziemlich überall die Regel. Natürlich gibt es immer wieder Abweichungen davon – nicht immer mit den besten Resultaten. In der Schweiz hat sich in den letzten Jahren zum Beispiel in Sachen Beziehungen mit Deutschland und mit der EU gezeigt, dass man vielleicht bessere Resultate erzielen könnte, wenn eine klare Arbeitsteilung zwischen Politik und Diplomatie beachtet würde. Es ist nun einmal so, dass Erfahrung und profunde Sachkenntnis unbedingte Voraussetzungen für Verhandlungen sind, wenn man konkrete Resultate erzielen und sich nicht vom Verhandlungspartner überfahren lassen will. Gutgläubigkeit und unbedingtes Streben nach Harmonie sind nicht hilfreich.

Welchen Platz und welche Rolle hat nun die Schweiz in dieser uns umgebenden Welt? Unser Land ist klein, ist politisch und militärisch kein ins Gewicht fallender Akteur, ist wirtschaftlich eine mittlere Macht und währungspolitisch von nicht geringer Bedeutung. Angesichts dieser Situation wurde mitunter früher behauptet, die Schweiz betreibe keine eigentliche Aussenpolitik, sondern nur eine Aussenhandelspolitik. Diese behält sicher ihre ganze Bedeutung. Doch kommt bei der heutigen Weltlage auch unser Land gewiss nicht darum herum, eine eigene Aussenpolitik zu betreiben. Unsere Aussenbeziehungen sind charakterisiert durch den Willen zur Unabhängigkeit und die Maximen von Neutralität, Solidarität und Universalität. Unsere Aussenpolitik muss sich danach orientieren und im Sinne der Disponibilität, also ihrer Verfügbarkeit, auch der Familie der Nationen mit guten Diensten helfen können, wenn dies gewünscht wird. Natürlich beschäftigt man sich unter dem Titel der Aussenpolitik auch mit Menschenrechten, humanitären Problemen, Entwicklungshilfe usw. Manche glauben auch, die Schweiz sei zu grossen Aktionen zur Völkerverständigung und zur Förderung des Weltfriedens berufen. All dies hat seine Bedeutung und bedarf eines entsprechenden Einsatzes. Man sollte aber ob all der wohlgemeinten Tätigkeiten nicht vergessen, dass Aussenpolitik in erster Linie und mit absoluter Priorität dazu dienen sollte, die eigenen Interessen zu wahren. Alles andere ist sekundär. Und hier hapert es bei uns allerdings seit einiger Zeit ganz bedenklich. Besonders zur Zeit meines Einsatzes in den USA musste ich beobachten, wie die politische Führung unseres Landes nicht in der Lage oder sogar nicht gewillt war, eine gefährliche Entwicklung zu erkennen und dagegen zu wirken, und schliesslich zum Nachteil unseres Landes auf der ganzen Linie einfach klein beigeben hat. Das war vor etwas über 20 Jahren. Und wenn man sich jetzt vor Augen hält, was in diesen 20 Jahren alles auf die Schweiz zugekommen

ist und wie – genau wie damals – fast auf jeden Druck nachgegeben wurde, sei er von der EU in Brüssel, von der OECD in Paris, von Washington oder von lieben Nachbarn ausgeübt worden, so wird man den Eindruck nicht los, dass die Politik in Sachen Aussenbeziehungen schwach, wenig selbstsicher, gar kleinmütig und offenbar wenig lernfähig war. Nun haben wir aber einen neuen Vorsteher des EDA, und unser Bundespräsident hat in der NZZ am Sonntag vom 21. Januar 2018 in einem Interview erklärt: „Die Verteidigung der Interessen der Schweiz hat für mich oberste Priorität.“ Das ist ermunternd und gibt Hoffnung.

Die internationale Situation der Schweiz hat sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der danach folgenden neuen Gestaltung Europas stark verändert. Unser Land ist heute nicht mehr der respektierte und mitunter nützliche neutrale, politisch unerschütterlich stabile und militärisch verteidigungsfähige Felsen zwischen den von Supermächten geführten antagonistischen Blöcken. Die Schweiz wird als wirtschaftlich erfolgreicher und immer noch vergleichsweise sehr stabiler Staat vielleicht bewundert, gewiss beneidet und mitunter als egoistischer Profiteur oder Trittbrettfahrer betrachtet. Unser Land ist in den letzten 25 Jahren verbal angegriffen, stark kritisiert und zu früher nicht vorstellbaren Konzessionen gezwungen worden (man denke an sogenannte Entschädigungszahlungen, an das Bankgeheimnis, an den Informationsaustausch usw.).

Seit etlichen Jahren ist die Schweiz an der Aussenfront vor allem mit drei bedeutenden Herausforderungen konfrontiert: Die Stellung in Europa und insbesondere die Beziehungen zur EU, sodann das Verhältnis zum noch-Welthegeemon USA und schliesslich unsere Sicherheit gegen aussen.

Von höchster politischer Aktualität sind unsere Beziehungen zur EU. Wir haben alle das Bild unserer damaligen Bundespräsidentin bei der Begegnung mit Herrn Junker, dem Präsidenten der EU-Kommission, vor Augen. Bald darauf haben wir sie am Fernsehsehen beobachten können, als sie ihrer Entrüstung über den Entscheid der Kommission betreffend Anerkennung der Schweizer Börsen und die Verbindung dieser Frage mit dem Abschluss eines Rahmenabkommens Ausdruck gab. Von einer vermeintlichen Entente sind wir in wenigen Tagen unvermittelt zur Konfrontation gelangt. Und auch im Lande selbst geraten die Meinungen aneinander. Im Januar 2018 entstand der Eindruck, der Bundesrat wolle nun das Problem

mit neuer Energie anpacken. Seither ist zwar weiterhin sehr viel diskutiert und auch gestritten worden; aber es ist immer noch offen, ob und welches Verhandlungsergebnis allenfalls erzielt und dann später auch umgesetzt werden könnte.

Schauen wir - zum besseren Verständnis der heutigen Lage - kurz auf die Entwicklung der schweizerischen Europapolitik. Während des Kalten Krieges hielt sich die Schweiz ziemlich strikte an die Neutralität, ohne der Gesinnungsneutralität zu verfallen. Der Beitritt zum Europarat erfolgte mit Rücksicht auf die Neutralität erst 1963. Die Entstehung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 wurde als erste europäische Einigungsbewegung genau beobachtet, und besonderes Interesse erweckte 1957 die Gründung der EWG. Da waren sechs westeuropäische Staaten die Gründer. Andere Westeuropäer wollten aber auch am entstehenden Freihandel mitmachen, ohne der EWG beizutreten, und sie gründeten anfangs 1960 die EFTA, in der das Vereinigte Königreich die einzige Grossmacht war und daher weitgehend das Sagen hatte. Die Schweiz machte in der EFTA aktiv mit, wollte sich aber doch auch vorsichtig der EWG nähern und stellte ein Gesuch um Assoziation, das einfach unter Abschied und Traktanden fiel, als der französische Präsident de Gaulle 1963 den Beitritt Grossbritanniens zur EWG ablehnte. Als das UK 1972 doch zur EWG übersiedelte, wollten die verbleibenden EFTA-Länder eine Brücke zur EWG bauen, und so schloss die Schweiz mit der EWG 1972 ein Freihandelsabkommen. Mit den Freihandelsabkommen aller EFTA-Länder mit der EWG bildete sich in Westeuropa eine weitreichende Freihandelszone, die alle EWG-Mitgliedstaaten und alle EFTA-Länder einschloss. Damit war für die Schweiz ein grosses Ziel erreicht, und das System entwickelte sich erfolgreich. Die EWG blieb aber nicht stehen. Zusammen mit der EGKS und der Euratom bildete sie schliesslich die EG, die sich zusehends erweiterte und vertiefte. Ein ganz grosser Schub ergab sich nach der Befreiung der osteuropäischen Staaten vom sowjetischen Joch. 1992 wagte die Gemeinschaft mit dem Vertrag von Maastricht den Sprung zur politischen Union und zur Währungsunion. Die so entstandene EU war nun aber ein hochpolitisches Unterfangen. Hätte man sich einen Beitritt der Schweiz zur früheren EG eventuell vorstellen können, so erscheint dies für die neue EU aus Gründen der Neutralität und der Unabhängigkeit als ausgeschlossen. Auch unter dem Aspekt der Währung kann man sich einen schweizerischen Beitritt nur schlecht vorstellen. Heute ist das Verhältnis zur EU gestaltet durch den Freihandelsvertrag von 1972, durch eine Vielzahl von andern Abkommen (z.B. Forschung, Versicherung) und dann

sehr eingehend durch die nach der Ablehnung des EWR geschlossenen bilateralen Verträge. Die Annahme der Überfremdungsinitiative hat eine neue Situation geschaffen. Auf Seiten der EU besteht seit einiger Zeit der Wunsch, über eine Anzahl von Abkommen ein Dach zu bauen. Dies würde die Verwaltung der Abkommen möglicherweise erleichtern und könnte vielleicht ein rationales Unternehmen sein. Lange sprach man von einem Rahmenabkommen; EGK Präsident Juncker hat mit dem Ausdruck „Freundschaftsvertrag“ einen illusorischen Akzent gesetzt, aber nur für wenige Tage. In Bern wird jetzt die Bezeichnung „Marktzugangsabkommen“ propagiert.

In der Schweiz herrscht viel Skepsis, die vor allem darauf beruht, dass man über die Resultate der bisherigen Gespräche mit der EU lange im Unklaren war und eigentlich auch heute noch ist. Man geht aber ja allgemein davon aus, dass eine direkte Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz und ein Streitschlichtungsverfahren unter der Obhut des EU-Gerichtshofes vorgesehen sein könnten. Seit kurzem wird mit dem Gedanken einer Schiedsgerichtsbarkeit operiert, ein möglicherweise interessanter Ansatz – man hüte sich aber vor gefährlichen Illusionen; denn am Schluss jeden Streitschlichtungsverfahrens wird der EU-Gerichtshof wohl eben doch das Sagen haben. Hinsichtlich des Verhandlungsklimas muss man sich vergegenwärtigen, dass die Schweiz von ihren direkten Nachbarn und auch von andern EU-Mitgliedstaaten in ihrer politischen Struktur nicht verstanden wird und von ihnen keine Unterstützung erwarten darf. Auch nicht erleichternd wird sich auswirken, dass die EU ihrerseits mit Problemen kämpft, allen voran dem Brexit und der politischen Entwicklung in einigen osteuropäischen Mitgliedstaaten und seit kurzem auch in Italien.

Und was jetzt? Während es noch bis vor einigen Jahren eine grosse Zahl von Befürwortern eines Beitritts zur EG und dann zur EU gab, während einige politische Parteien einen Beitritt wünschten, während der Bundesrat den Beitritt als politisches Ziel bestimmt hatte und 1992 sogar ein Gesuch um Eröffnung von Beitrittsverhandlungen stellte (und damit das Mitmachen der Schweiz am EWR versenkte), ist das heute alles Geschichte. Ein EU-Beitritt dürfte nach gegenwärtig überwiegender Meinung keine Mehrheit finden. Für die Schweiz wäre der Status quo quasi ideal. Da die EU etwas Neues will, muss man wohl mit ihr sprechen. Sie wünscht einen Vertrag, welcher bestehenden Verträgen übergeordnet wäre und wahrscheinlich die



Schweiz mit supranationalen Elementen konfrontieren würde. Der Vertrag würde einen bedeutenden Sprung in der Annäherung der Schweiz an die EU bedeuten. Vielleicht könnte ein solcher Vertrag Vorteile verschaffen. Könnten diese solcher Art sein, dass sie den Souveränitätsverlust aufwiegen würden? Das Stimmvolk, das heisst wir alle können im Moment nur zuwarten, bis allfällige Verhandlungsergebnisse bekannt werden und bis die Stellungnahme des Parlamentes vorliegt. Dann ist der Souverän an der Reihe. Was er tun wird, ist völlig offen und ist natürlich von der Vorlage abhängig. Bei der Auseinandersetzung damit wird der Bundesrat die grundsätzlich überaus zweifelhafte Behördenpropaganda voll ausspielen, innerhalb der Parteien wird es möglicherweise Spaltungen geben, der vielgescholtene Populismus dürfte von ganz verschiedenen Seiten praktiziert werden, es könnte sehr wohl zu Auseinandersetzungen kommen zwischen denen, die sich als Patrioten und Bewahrer der sogenannten Werte betrachten, und den andern, die partout glauben, dass die Schweiz nur ganz nahe bei der EU oder gar in der EU Überlebenschancen hat.

Die EU-Frage hat heute sicher Priorität. Doch sollten wir den Rest der Welt nicht vergessen, allen voran die USA. Das Verhältnis zu Amerika wurde im Verlaufe des 19. Jahrhunderts mit dem Ausdruck „Sister Republics“ charakterisiert. In der Tat waren die beiden Staaten eine Zeit lang die einzigen republikanischen Demokratien auf dieser Welt. Höhen und Tiefen durchliefen die Beziehungen im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Während des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach wurde die unversehrte neutrale Schweiz mitunter als feiger Abseitssteher betrachtet. Während des Kalten Krieges wurde sie aber als militärisch gut vorbereiteter und gesinnungsmässig nahestehender Partner und als zuverlässiger Beschützer der bedeutenden Alpenübergänge geschätzt. Auch die guten Dienste der Schweiz benützten die USA gerne. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion änderte sich dies fundamental. Es brauchte keine Neutralen zwischen Supermächten mehr. Die Schweiz tat das Ihre dazu, indem sie mit der Armee 95 die Schwächung der schweizerischen Abwehrkraft einläutete und damit Zweifel am Willen zur Verteidigung der Neutralität aufkommen liess. Dank sich öffnenden Archiven und entsprechenden Recherchen und mit Unterstützung der Clinton Administration bot sich für den jüdischen Weltkongress die Möglichkeit, Nachforschungen zu veranlassen und die Schweiz in Bedrängnis zu bringen. Die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg wurde stark kritisiert. Gewisse Schweizer Historiker, welche ihre politische Agenda höher stellten als die Objektivität und die Würdigung der damaligen realen Ver-

hältnisse, halfen dabei, die Schweiz anzuschwärzen. Kurz, die Beziehungen zu den USA standen an einem Tiefpunkt, und in der Schweiz herrschten Selbstzweifel. Das dauerte lange, und statt einer Besserung der Beziehungen kam es zum Bankenkrieg, in welchem die USA ihre volle Macht ausspielten und die Schweiz einmal mehr in die Knie zwangen. Und auch diese Phase ist noch nicht beendet. Als überaus positiv ist dagegen die Entwicklung des Handelsverkehrs und der Investitionen zu bewerten. In politischer Hinsicht ist etwas mehr Ruhe eingekehrt – der Präsident und seine Administration haben andere Sorgen, schon nur mit sich selbst und mit besonders schwierigen ausländischen Akteuren. Bekanntlich hat der Präsident für Diplomatie nicht viel übrig, und er brauchte lange, um seine Botschafter in die Welt zu schicken. Dass er überraschend bald einen Botschafter in die Schweiz entsandte – ja, das war vielleicht eine willkommene Geste. Wir dürfen das Gewicht der USA nicht verkennen. Amerika ist heute immer noch die militärisch gesicherte Weltmacht Nummer eins, ein wirtschaftlicher Koloss und der erste Forschungsstandort der Welt. Gute oder zumindest korrekte Beziehungen sind für die Schweiz von grosser Bedeutung, insbesondere hinsichtlich Wirtschaft, Forschung und Sicherheit. Steht man mit Amerika gut, hat man schon einen Vorsprung. Insofern war Trumps kurzer Aufenthalt in Davos vielleicht nicht ganz unnütz.

Die dritte über die Grenze bestehende Herausforderung für die Schweiz ist die äussere Sicherheit. Die USA haben im letzten Jahrhundert Europa vor dem Untergang gerettet, auch die Schweiz. Ob das ein weiteres Mal so der Fall wäre? Damit durfte trotz westlicher Zusammenarbeit in der NATO nicht unbedingt gerechnet werden. Angesichts der Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion betrieb die Schweiz einen grossen sicherheitspolitischen und militärischen Aufwand. Die Armee 61 war ein an Organisation, Bestand, Ausrüstung, Planung und Führung starkes Instrument, das von ausländischen Beobachtern, auch von denen der Supermächte, hoch eingestuft wurde. Mit der Einführung der Armee 95 mit bescheideneren Beständen begann der Niedergang der Landesverteidigung, der mit Armee XXI und weiteren sogenannten Entwicklungsschritten vollendet wurde. Man wollte plötzlich entdecken, dass sich die Schweiz gegen einen Angreifer alleine nicht verteidigen könnte, sondern mit ausländischen Partnern zusammenarbeiten müsste. Es entstand der Slogan der „Sicherheit durch internationale Zusammenarbeit“ und damit die Illusion, man könnte – ohne einer Allianz anzugehören – mit Hilfe von befreundeten Armeen rechnen. So wurde denn auch die neutralitätswidrige Vereinbarung mit

der NATO getroffen, die den Namen Partnership for Peace (Partnerschaft für den Frieden) trägt. Für etliche Leute war das ein erster Schritt auf dem Weg zum Beitritt zur NATO. Man halte sich vor Augen, dass in einem Papier der FDP zu lesen stand, dass die Schweiz im Jahr 2007 Mitglied der NATO sein würde. Punkto PfP und NATO ergibt sich etwas wie eine Parallele zum EWR als „Trainingslager“ für die EU-Mitgliedschaft der Schweiz! Die Schweiz hat sich selbst geschwächt. Ihre gegenwärtige Verteidigungsanstrengung ist ungenügend, und es fragt sich, ob die völkerrechtliche Verpflichtung zum Neutralitätsschutz, die mit der Armee 61 reichlich erfüllt war, heute noch erfüllt ist. In der ungemütlichen Situation blieb letztes Jahr wohl nichts anderes übrig, als sich mit der WEA abzufinden, in der Hoffnung, dass die Armee auch tatsächlich aufgebaut und ausgerüstet würde. Unter dem Titel Sicherheit ist noch die OSZE, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, zu erwähnen, die noch zu Zeiten der Sowjetunion in der lange währenden Sicherheitskonferenz lanciert wurde. Das Forum mag wohl dazu dienen, vertrauensbildende Massnahmen zu fördern, hilft der Schweiz aber in keiner Weise bei der konkreten Landesverteidigung. In Sachen Sicherheitspolitik muss heute leider festgestellt werden, dass politisch mit Illusionen über internationale Zusammenarbeit spekuliert wird und dass zur Zeit das militärische Instrument den Verfassungsauftrag nicht erfüllen kann.

Soweit also die drei wichtigsten Herausforderungen. Nun gilt es zu beachten, dass die drei mit einander verquickt sind. Zunächst müssen wir uns vergegenwärtigen, dass NATO gleich USA ist. Damit ist auch PfP abhängig von Amerika. Obwohl wegen der unliebsamen Äusserungen des amerikanischen Präsidenten über die bescheidenen Möglichkeiten der europäischen Verbündeten gelegentlich deren Aufwand erhöht werden könnte, ist klar, dass von den relativ kleinen Streitkräften europäischer NATO-Mitglieder keinerlei Hilfe an PfP-Partner geleistet werden könnte. Die EU-Mitgliedstaaten sind sich ihrer militärischen Schwäche durchaus bewusst, fühlten sich bisher aber in der Obhut Amerikas in der NATO einigermaßen sicher. Nun wollen sie auf der Suche nach weniger Abhängigkeit von den USA eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik betreiben. Die Grundlagen dafür haben sie 2007 im Lissaboner Vertrag vereinbart. Der einschlägige Artikel postuliert eine militärische Beistandspflicht im Falle eines Angriffs von aussen - dies parallel zum Artikel 5 des Nordatlantikpaktes. Erstmals hat Frankreich den Lissaboner Vertragsartikel anlässlich der schweren Terroranschläge in Paris angerufen.

Kürzlich haben sich die Mitgliedstaaten der EU zusammengerauft und wollen ihre militärische Zusammenarbeit fördern. Die EU ist auf dem Papier eine militärische Paktorganisation, und sie will jetzt diese Vorschrift umsetzen. Das ist nun auch von Bedeutung für unsere Beziehungen zur EU. Ein Beitritt zur EU wäre ein Beitritt zu einer militärischen Paktorganisation. Zwar ist im Moment keine Rede von Beitritt. Aber der oben genannte Sprung in der Annäherung an die EU, der durch einen Rahmenvertrag bewirkt würde, wäre unter diesem Aspekt eine problematische Angelegenheit, möglicherweise neutralitätsrechtlich relevant, sicher aber neutralitätspolitisch heikel.

Im Sinne einer Schlussbemerkung sei Folgendes festgehalten:

Die Entwicklung hat sich auf allen Gebieten weltweit unglaublich beschleunigt und wird dies wohl weiterhin tun. Mit Globalisierung, Informatisierung, Digitalisierung, künstlicher Intelligenz, Robotisierung usw. ist doch zur Zeit gar nicht abzusehen, wohin dies alles führen wird. Man wird den Eindruck nicht ganz los, dass die Menschen ihre eigenen Entwicklungen nicht mehr kontrollieren und Automatismen in die Welt setzen, die ein Eigenleben entwickeln könnten. Die Politik wird immer mehr hinterher hinken und könnte gemäss Zukunftsspekulationen gar obsolet werden. Neue Organisationsformen und eine neuartige Lebensgestaltung könnten entstehen. Wir befinden uns in einer Situation der Unvorhersehbarkeit wie noch selten in der Geschichte. Man kann sich daher fragen, wie lange die heute erörterten Probleme überhaupt noch von Bedeutung sein werden. Aber zur Zeit gilt es festzuhalten, dass wir uns eben doch mit der Gegenwart und der nahen Zukunft zu befassen haben und entsprechend handeln müssen. Wir dürfen nicht einfach feststellen, gewaltige Entwicklungen stünden bevor, die wir nicht einschätzen können. Es wäre verantwortungslos, die Hände in den Schoss zu legen, nichts zu tun und uns einfach treiben zu lassen. Deshalb müssen wir uns mit der Aktualität auseinandersetzen, und das zu bewältigen versuchen, was wir erfassen können. Die Probleme müssen mit den heute verfügbaren Mitteln mit Entschlossenheit und Mut angepackt werden, mit dem Willen, an heute noch gültigen Werten festzuhalten, und mit der Bereitschaft, wirklich Überholtes über Bord zu werfen. Für die Zukunft unseres Landes ist eine Vision zu entwickeln mit dem Ziel, Freiheit, Frieden, Sicherheit und Wohlergehen auch in einer sich rasant weiter entwickelnden Welt zu gewährleisten.

## Zum Autor

Dr. iur., Rechtsanwalt, 35 Jahre im diplomatischen Dienst der Eidgenossenschaft. Stationen in Bern, Rom, London, Saigon, Genf. Delegationschef bei EFTA und GATT in Genf, Botschafter in Südkorea, bei der EG in Brüssel, in Frankreich und in den USA. Carlo Jagmetti wurde 2009 von Stiftung Freiheit & Verantwortung für seine ausserordentlichen Leistungen im Dienste unseres Vaterlandes geehrt. Mehr zu dieser Ehrung auf [www.freiheitundverantwortung.ch](http://www.freiheitundverantwortung.ch)



*Dr. Carlo S. F. Jagmetti anlässlich unserer Ehrung im April 2009 umrahmt von Laudator Prof. Dr. Franz A. Blankart und Stiftungsratspräsident Dr. Alexander Wili*

## Textverweis

Der Beitrag ist die gekürzte und überarbeitete Version eines Referates, das Dr. Jagmetti Mitte April dieses Jahres hielt. Trotz der Überarbeitung können aktuelle aussenpolitische Geschehnisse die hier vertretenen Positionen relativieren.

Schrift Nr. 23 | Mitgliederbrief Nr. 263

## Herausgeber

Stiftung **Freiheit**  
& **Verantwortung**

Geschäftsstelle  
Zeughausstrasse 14 B  
8853 Lachen  
Telefon 055 442 05 15  
E-Mail [info@fuv.ch](mailto:info@fuv.ch)  
Internet [www.fuv.ch](http://www.fuv.ch)



Verein Gesellschaft und Kirche wohin?  
Zeughausstrasse 14 B  
8853 Lachen  
Telefon 055 442 70 78  
E-Mail [info@gekiwo.ch](mailto:info@gekiwo.ch)  
Internet [www.gekiwo.ch](http://www.gekiwo.ch)

## Mitherausgeber

**PRO**  **LIBERTATE**

Schweizerische Vereinigung  
für Freiheit, Demokratie  
und Menschenwürde  
3052 Zollikofen  
Telefon 031 332 57 84  
Internet [www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)

## Redaktion & Layout

lic. phil. Josef F. Kümín

## Druck

Coloroffset, 3012 Bern

## Auflage

9'000 Exemplare

## Unterstützung und Gönnerbeiträge

Nutzen Sie unsere Dienstleistungen, unterstützen Sie unsere Ziele und werden Sie Gönner der Stiftung. Melden Sie sich bei der Geschäftsstelle für Ihre Anliegen oder benutzen Sie unser Spendenkonto 50582.24 bei der Raiffeisenbank Kriens (IBAN CH13 8116 5000 0050 5822 4).

## Unterstützen Sie unsere Organisationen mit Ihrem Mitmachen oder Ihrer Spende!

### VEREIN GESELLSCHAFT UND KIRCHE WOHN?

- mit der Platin-Mitgliedschaft (Beitrag 3'000 Fr.)
- mit der Gold-Mitgliedschaft (Beitrag 500 Fr.)
- mit der Silber-Mitgliedschaft (Beitrag 250 Fr.)
- als Mitglied (Beitrag 40 Fr. Ehepaar 60 Fr.)
- als juristische Person / Firma (Beitrag 200 Fr.)
- als Gönner / Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

### STIFTUNG FREIHEIT & VERANTWORTUNG

- als Gönner (Beitrag ab 50 Fr.)
- als Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

### PRO LIBERTATE

- als Mitglied (Beitrag 40 Fr. Ehepaar 60 Fr.)
- als Gönner (Beitrag 100 Fr.)
- als Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

### BROSCHÜREN UND BÜCHER ZUM BESTELLEN:

**Bitte senden Sie mir** (Alle Preise verstehen sich exkl. Porto und Versandkosten)

- ..... Expl. **Aussenpolitische Herausforderungen.** Von Carlo Jagmetti. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- ..... Expl. **Wahrheit in den Medien.** Von Eduard Käser und Papst Franziskus. Broschüre F&V. Preis 5 Fr.
- ..... Expl. **Wahrheiten und Verkürzungen aus dem Vatikan.** Von Peter Ruch. Broschüre F&V. Preis 7 Fr.
- ..... Expl. **Oekumen. Betrachtungen zum Klausengebet.** Von G. Locher u. K. Koch. Broschüre F&V. Preis 5 Fr.
- ..... Expl. **Testamente.** Von Dr. iur. Alexander Wili. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- ..... Expl. **Sonderfälle Schweiz.** Von Allan Guggenbühl. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- ..... Expl. **Waren unsere Vorfahren gescheiter als wir?** Von Allan Guggenbühl. Broschüre F&V. Preis 7 Fr.
- ..... Expl. **Die Schweiz im 21. Jahrhundert.** Von Franz Muheim. Spezialpreis Stiftung F&V: 10 Fr. (statt 32.90 Fr.)
- ..... Expl. **Rahmenabkommen Schweiz – EU?** von Carlo Jagmetti. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- ..... Expl. **Wie sich die Schweiz rettete 1939 - 45.** Von Joseph Mächler. Spezialpreis Pro Libertate: 49 Fr. (statt 79 Fr.)
- ..... Expl. **Erlebter Aktivdienst 1939 - 1945.** Pro Libertate. Preis 29 Fr.
- ..... Expl. **Ernst R. Borer.** Von Sara Arnold-Korf. Spezialpreis Stiftung F&V: 25 Fr. (statt 35 Fr.)
- ..... Expl. **Freier Fels in brauner Brandung.** Spezialpreis Pro Libertate: 29 Fr. (statt 39 Fr.)
- ..... Expl. **Die Gotteskrieger - die unterschätzte Bedrohung.** Von Dr. Léon S. Gaucher. Preis 8 Fr.
- ..... Expl. **Operationsziel Schweiz.** Div. Autoren. Spezialpreis Pro Libertate: 29 Fr. (statt 39 Fr.)
- ..... Expl. **Welcher Islam passt zur Schweiz?** Referat Saïda Keller-Messahli. Broschüre F&V. Preis 5 Fr.
- ..... Expl. **Christen u. Muslime in einer Demokratie. Geht das?** Spezialpreis Pro Libertate: 24 Fr. (statt 30 Fr.)

Vorname, Name: .....

Adresse: .....

PLZ, Ort: .....

Telefon oder E-Mail: .....

Datum: .....

Unterschrift: .....



**A**

Nicht frankieren  
Ne pas affranchir  
Non affrancare



Geschäftsantwortsendung    Invio commerciale-risposta  
Envoi commercial-réponse



Stiftung **&** Freiheit  
Verantwortung

Geschäftsstelle

Zeughausstrasse 14 B

8853 Lachen